Unverkäufliche Leseprobe aus:

Debiel, Hippler, Roth, Ulbert (Hg.)
Globale Trends
Frieden • Entwicklung • Umweilt

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.
© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Inhalt

11 **Global Governance unter Druck: Trends und Perspektiven**
Globale Trends in den Strukturen des Regierens – Neujustierung der Zielsetzungen globaler Politik – Ausblick: Globale Problemlösung vor dem Hintergrund politisch-kultureller Differenzierung
Tobias Debiel, Michèle Roth, Cornelia Ulbert

24 **Danksagung der Herausgeberinnen und Herausgeber**

Weltordnungen und Frieden

27 **Informalisierung der Weltpolitik? Globales Regieren durch Clubs**
Die Informalisierung zwischenstaatlichen globalen Regierens – Die Krise des institutionalisierten Multilateralismus – Varianten informellen globalen Regierens – Zwischen Informalisierung und Institutionalisierung – Legitimität und Effektivität informellen Regierens – Perspektiven und Handlungsempfehlungen
Bernhard Rinke, Ulrich Schneckener

43 Schlaglicht
Der Aufstieg neuer Mächte, internationale Kooperationsformen und die Reaktionen der Industrieländer
Jochen Hippler

51 **Erdölressourcen als Machtmittel**
Comeback des Erdöls als politische Waffe? – Strategische Bedeutung und Machtpotenzial des Erdöls für die Weltwirtschaft und die Exporteure – Erdöl als Machtquelle – Schlussfolgerungen
Matthias Basedau, Robert Kappel

69 **Staatliche Souveränität im Wandel: Neujustierung der staatlichen »Firewall«**
Der souveräne Staat: ein Anachronismus? – Materielle Ebene: Wandel durch Verrechtlichung – Institutionelle Ebene: Wandel durch Institutionalisierung – Konzeptionelle Ebene: Souveränität als Verantwortung? – Souveränität in einer multipolaren Welt: ein mehrdimensionales Konzept
Andreas von Arnauld

93 **Militärische Interventionen in Krisen und Gewaltkonflikte nach 1990**
Die Zunahme militärischer Interventionen nach dem Ost-West-Konflikt – … und deren »Multilateralisierung« – Veränderte Rechtfertigungsmuster und Zielsetzungen militärischer Interventionen … – … deuten auf einen tiefgreifenden Wandel internationaler Normen hin – Die Selektivität militärischer

Interventionen – Militärische Interventionen: wie erfolgreich? – Fazit und Ausblick
Martin Binder

111 Schlaglicht
Global Zero
Harald Müller

Weltgesellschaft und Entwicklung

119 **Demokratisierung, Reautokratisierung und internationale Demokratieförderung**
In Wellen zu weltweit mehr Demokratie – Der Verlauf der Demokratisierung – Unterstützung für Demokratisierung von außen – Fazit und Handlungsempfehlungen
Sonja Grimm

137 **Mittelschichten als Antriebskraft politischer Umbrüche? Lehren aus dem Arabischen Frühling**
Wer gehört zur Mittelschicht – und was ist überhaupt Mittelschicht? – Bildung als wichtiges Merkmal der Mittelschicht – Bildung als Merkmal der Mittelschicht in Nichtindustrieländern – Zum Zusammenhang von menschlicher Entwicklung, Bildung, Entlohnung sowie politischer und gesellschaftlicher Zufriedenheit – Die Ausbreitung moderner Kommunikations- und Informationstechnologien – Was bedeutet Demokratie? – Es gibt keine Demokratie ohne Bourgeoisie! Mittelschicht und Demokratie – Handlungsoptionen für Demokratisierer
Susanne Pickel

157 **Revolution 2.0? Die Bedeutung digitaler Medien für politische Mobilisierung und Protest**
Von »Einem zu vielen« zu »Viele zu vielen«: Die Entwicklung zum Web 2.0 und ihre politische Bedeutung – Protestmobilisierung und Online-Kommunikation im Nahen und Mittleren Osten – Neue soziale Medien im Spannungsverhältnis von Chancen und Risiken
Jan Hanrath, Claus Leggewie

173 **Was kommt nach den MDGs? Die Debatte über Konzepte und Ziele von Entwicklung im Wandel**
Armutsbekämpfung wird zum (Minimal-)Konsens – Die MDGs: Zentraler Referenzrahmen der EZ trotz weitreichender Kritik – Veränderte Rahmenbedingungen für neuen Entwicklungskonsens – Alternativen zum traditionellen Entwicklungsverständnis und Messgrößen – Szenarien für globale Ziele nach 2015
Elena Sondermann

195 **Moderne Sklaverei: Formen, Dimensionen und Entwicklung des Völkerrechts**
Völkerrechtliche Verbote aller Formen der modernen Sklaverei – Kennzeichen moderner Sklaverei – Formen und Dimensionen moderner Sklaverei – Menschenhandel auf globalisierten Arbeitsmärkten – Bekämpfung des Menschenhandels im internationalen Fokus – Schlussfolgerungen
Franz Nuscheler

215 **Schlaglicht**
Neue Sicherheitsprobleme der Informationsgesellschaften
Sandro Gaycken

Globale Nachhaltigkeit und Krisenbewältigung

223 **Systemische Risiken: Prävention und Krisenbewältigung**
Systemische Risiken in globalisierten Gesellschaften – Lehren aus dem bisherigen Krisen- und Risikomanagement – Anforderungen an zukünftige Krisenbewältigung: Risiken verstehen und managen – Handlungsempfehlungen: Zur effektiven Vorsorge und Krisenbewältigung sind umfassende Ansätze erforderlich
Cornelia Ulbert

245 **Fünfundzwanzig Jahre Weltklimapolitik: Sisyphus-Aufgabe der Weltgesellschaft?**
Ein Vierteljahrhundert Weltklimapolitik – Strukturelle Blockaden und institutionelle Fragmentierung – Politische Handlungsmöglichkeiten
Steffen Bauer

265 **Globale Energiewende – Wege zu einer nachhaltigen Energieversorgung**
Treibende Faktoren für weiter steigende CO_2-Emissionen – Szenarien zur Entwicklung des globalen Energiesystems – Die Atmosphäre als limitierender Faktor – Optionen und Kosten von Emissionsreduktionen im Energiesystem – Politökonomische Herausforderungen – Regionale Vorreiter für einen polyzentrischen Ordnungsrahmen
Ottmar Edenhofer, Christian Flachsland

285 **Ernährungssicherung – Eine globale Herausforderung**
Wiedererwachtes Interesse an ländlicher Entwicklung – Trend 1: Zahl der Hungernden seit Jahrzehnten hoch mit steigender Tendenz – Trend 2: Langjährige Vernachlässigung ländlicher Räume, national wie international – Trend 3: Vom Überschuss zur Knappheit: Gibt es ausreichende Indizien für einen Trendwechsel? – Trend 4: Der neue Boom: Investitionen in Landwirtschaft und agrarische Rohstoffe bei steigenden Preisen – Trend 5: Governance-Defizite auf nationaler Ebene bleiben entscheidend – Trend 6: Die Institutionen der globalen Governance sind im Ernährungsbereich schwach – Empfehlungen
Michael Windfuhr

307 Schlaglicht
Landnutzungswandel und Konflikte
Bettina Engels, Sven Chojnacki

313 **Die Bewältigung von Naturkatastrophen – Extreme Ereignisse und ihre Auswirkungen**
Katastrophentrends – Hohe Verwundbarkeit der Entwicklungsländer – Internationale Ansätze zur Bewältigung von Naturkatastrophen – Fazit und Ausblick
Katrin Radtke, Torsten Welle

327 Schlaglicht
Die Eurokrise und ihre globalen Auswirkungen
Ansgar Belke, Florian Verheyen

Anhang

335 **Abkürzungsverzeichnis**

341 **Abbildungs- und Tabellenverzeichnis**

349 **Herausgeberinnen und Herausgeber, Autorinnen und Autoren**

Global Governance unter Druck: Trends und Perspektiven

Die Anforderungen an die Institutionen globaler Politikgestaltung haben seit Erscheinen der letzten Ausgabe von *Globale Trends* vor drei Jahren so weit zugenommen, dass von einem »permanenten Überdruck« im System der internationalen Beziehungen gesprochen werden kann. Eine Reihe von globalen Erschütterungen wie die Weltfinanz- oder die Nahrungsmittelkrise haben ebenso Steuerungslücken in der globalen Politik deutlich werden lassen wie das wiederholte Scheitern der Klimaverhandlungen. Diese Krisen sind zu einem guten Teil das – wenn auch nicht beabsichtigte – Ergebnis der langjährigen Deregulierungspolitik, gepaart mit dem Versagen von Staaten und Märkten und ökologischem Wandel, der maßgeblich auf das wachstumsfixierte Entwicklungsmodell zurückzuführen ist.

Auf globaler Ebene hat das über Jahrzehnte geschürte Misstrauen gegenüber den Vereinten Nationen (UN) sowie ihre durch Blockadepolitiken ausgehebelte Problemlösungsfähigkeit dazu beigetragen, den institutionalisierten Multilateralismus auszuhöhlen. Zentrale Zukunftsfragen wie die Reduktion von Treibhausgas-Emissionen oder die Umstellung der globalen Energieversorgung auf erneuerbare Energien bleiben somit ungelöst. Denn die Phase, in der ein Hegemon wie in der Ära des Bretton-Woods-Systems »wohlwollend« Gemeinschaftsgüter zur Verfügung stellte, ist schon lange Vergangenheit. Stattdessen wird versucht, den »Überdruck im System« durch die Verlagerung in sektorale, also thematisch spezialisierte Foren sowie durch eine Vielzahl von alternativen Formen globalen Regierens jenseits der etablierten multilateralen Institutionen zu mildern.

Die daraus resultierende Fragmentierung globaler Politikgestaltung verbunden mit einer Proliferation von inter- und transnationalen Foren führt zu einer »neuen Unübersichtlichkeit« der internationalen Beziehungen und verstärkt tendenziell die Ungleichgewichte zwischen den Akteuren, da nur die mächtigeren unter ihnen – darunter eine wachsende Gruppe aufsteigender Länder – in der Lage sind, diese komplexe Klaviatur zu bespielen. Zugleich bietet die zunehmende Multipolarität im System Chancen für neue Allianzen, die sich nicht mehr allein an den Kriterien klassischer Machtpolitik orientieren (müssen).

Die Rolle des Staates scheint dabei einem langfristigen Wandlungsprozess unterzogen, der sich auch in einem sich verändernden Souveränitätsverständnis nach innen wie nach außen zeigt. Gesellschaftliche Protestbewegungen wehren sich zunehmend gegen die mangelnde Bereitstellung nationaler wie globaler Gemeinschaftsgüter durch die Politik sowie ihr Versagen gegenüber den dominierenden Marktkräften. Die wachsenden Mittelschichten in vielen Entwicklungsländern sind dabei eine zentrale Kraft. Technische Errungenschaften wie das Internet bieten neue Chancen auf politische Teilhabe sowie transnationale Vernetzung und Öffentlichkeit. Zugleich

wird die Steuerungsfähigkeit staatlicher Akteure durch die Gefahren neuer Technologien vor gänzlich neue Herausforderungen gestellt (Cyber-Sicherheit).

Die eingangs skizzierten Großbaustellen globaler Politikgestaltung machen allesamt deutlich, dass das westlich geprägte Wirtschafts- und Fortschrittsmodell keine globale Orientierung geben kann – und dass gerade auch die etablierten Industrieländer umsteuern müssen. Die Begrenztheit unserer natürlichen Ressourcen und die vielfach bereits ausgereizte Belastungsfähigkeit unserer Ökosysteme, einschließlich der Atmosphäre, lassen ein »Weiter so« nicht zu. Auf nationaler wie internationaler Ebene hat deshalb eine breite Debatte darüber begonnen, wie Wohlstand und Wohlergehen auch mit Blick auf nachfolgende Generationen definiert werden sollen. Bei der Vielzahl an Vorschlägen und Modellen scheint eines festzustehen: Das Bruttonationaleinkommen (BNE) hat als alleiniger Indikator für Reichtum und Fortschritt ausgedient. Wie jedoch nachhaltige Entwicklungsziele aussehen könnten, ist umstritten. Vorausschauende Politikgestaltung muss zudem mögliche künftige Krisenszenarien berücksichtigen und Vorsorge treffen, dass diese nicht zur Realität bzw. absehbare Folgewirkungen abgemildert werden.

Die Autorinnen und Autoren der vorliegenden Ausgabe von *Globale Trends* haben sich mit den hier nur kurz angerissenen Entwicklungen intensiv auseinandergesetzt und diese mit Daten und Fakten untermauert. Im Folgenden wollen wir auf einige wesentliche sektorübergreifende Trends hinweisen. Wir stellen zudem die Frage nach den künftigen Zielsetzungen globaler Politik. Abschließend folgt ein Ausblick auf die Perspektiven globaler Problemlösung vor dem Hintergrund politisch-kultureller Differenzierung.

Globale Trends in den Strukturen des Regierens

Die Fragmentierung globalen Regierens und ihre Folgen

Multipolarität, polyzentrische sektorale Weltordnungen und Formen »informellen Regierens« kennzeichnen die gegenwärtige Struktur von *Global Governance*. **Die Bearbeitung globaler Probleme wird zunehmend sektoral von wechselnden Akteurskoalitionen organisiert, die neben Staaten und internationalen Organisationen auch Netzwerke, Unternehmen, private Stiftungen und nichtstaatliche Akteure umfassen. Die Zunahme informellen Regierens hat Gründe: So ist der institutionalisierte Multilateralismus in einigen Handlungsfeldern von Blockaden geprägt.** Der Klimawandel wie auch die zögerliche Reaktion auf die Weltfinanzkrise sind nur die prominentesten Beispiele. Die Ursachen sind vielgestaltig. Mitunter ist es schlicht die hohe Zahl an Beteiligten, die Konsensbildungsprozesse so schwierig machen. In einer Zeit, da neben BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) weitere Schwellenländer wie die »Nächsten 11 Länder« (N-11) ihre Stimme erheben und sich nicht mehr hegemonialen Ansprüchen auf globaler bzw. regionaler Ebene einordnen, führt dies zu über-

komplexen Aushandlungsprozessen, bei denen potenzielle Veto-Akteure tendenziell in Vorteil geraten und selbst fortgeschrittene Verhandlungsergebnisse unterminieren können.

Ein Weiteres kommt hinzu: **Die bestehenden multilateralen Formate sind noch nicht hinreichend justiert in einer Weise, die gerade den aufstrebenden Staaten eine angemessene Partizipation ermöglichen könnte. Um dem ständig wachsenden Problemdruck dennoch begegnen zu können, experimentieren staatliche wie nichtstaatliche Akteure mit vielfältigen Formen globaler Politikgestaltung, die sich zumeist durch einen exklusiven Charakter oder neuartige Akteurskonstellationen auszeichnen und die eine immer stärkere Fragmentierung globalen Regierens zur Folge haben. Vor allem Club-Modelle haben an Bedeutung gewonnen** [vgl. Beitrag *Informalisierung der Weltpolitik?*]. Diese exklusiven, teils auf begrenzte Zeit und mit einem einzigen Ziel angelegten, teils aber auch auf Dauer ausgerichteten Zusammenschlüsse von Staaten zeichnen sich durch ihre Informalität und Flexibilität aus. Sie können dabei durchaus auf Grundstrukturen aufbauen wie die G7/8 und nun die G20, die einen festen Kern von Teilnehmern haben, die Partizipation aber situationsadäquat anpassen. Ihre Informalität kann, muss aber nicht von Dauer sein. So haben sich aus dem G8-Zusammenhang der *Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria* oder die *Extractive Industry Transparency Initiative* (EITI) entwickelt.

Ob diese Entwicklungen letzten Endes zu wirksamerer Problemlösung führen, ist strittig. **Unbestreitbar ist, dass das UN-System in zahlreichen Bereichen sowohl seine Koordinations- als auch seine Steuerungsfunktion eingebüßt hat und in vielen Feldern – so etwa bei der globalen Gesundheitspolitik – auch nicht mehr zentral bei der Mobilisierung und Verteilung von Ressourcen ist.** Tendenziell wird Einheiten, die im UN-System angesiedelt sind, aufgrund ihrer Teilhabemechanismen und Verfahrensregeln eine höhere Legitimität zugeschrieben. Freilich können diese Aspekte durch nennenswerte Erfolge (*output*) kleinerer, eher clubartig organisierter Modelle ausgeglichen werden. Allerdings haben diese bislang nur selektiv den Anschein von *Output*-Legitimität herstellen können, so dass die Gemengelage hier durchaus noch unübersichtlich ist. **Hinsichtlich der Zielerreichung können Clubs in der Regel eine gute Bilanz aufweisen. Fraglich ist allerdings, ob diese Wirksamkeit der Zusammenarbeit tatsächlich der globalen Problemlösung dient oder nicht eher einer einvernehmlichen Sicherung von Partikularinteressen.**

Die Fragmentierung globalen Regierens kann Chancen eröffnen: So ist die Initialzündung für einen wirksameren Internationalen Währungsfonds in der Finanzkrise seit 2007/08 maßgeblich von den G20 ausgegangen. Umgekehrt hat es die *Millennium Declaration* der UN-Generalversammlung geschafft, private Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen, Staaten und multilaterale Organisationen anzutreiben, sich in neuartigen *Public Private Partnerships* drängenden Herausforderungen der Armutsbekämpfung zu stellen. **Zugleich birgt aber ein »Weltregieren à la carte« erhebliche Risiken.** Zunächst entstehen durch das häufige Wechseln der Formate sowie die parallele Behandlung von Themen in verschiedenen Zusammenhängen erhebliche Transak-

tions- und Kommunikationskosten. Die stellenweise »ausfransenden« Mandate und Funktionen von Institutionen und Clubs erschweren eine arbeitsteilige Spezialisierung ebenso wie ein sektorübergreifendes koordiniertes Vorgehen. Zweitens begünstigt die Konstellation ein *forum shopping*, bei der die Akteure immer wieder nach der Institution mit der für sie günstigsten Lösung suchen. Dass dies zu suboptimalen Lösungen für öffentliche Güter, zu erheblichen Zeitverzögerungen oder schlicht einem »Tot-Debattieren« von Fragen führen kann, liegt auf der Hand.

Versagen sowohl globale Organisationen und Regime als auch horizontale Netzwerke in Kernfragen menschlicher Zukunftssicherung, kann die Alternative riskant sein. Denn dann liegt eine Rückkehr klassischer Macht- und Einflusspolitik nahe. Genau dies ist im Feld der Energiesicherheit zu beobachten – und auch der Trend zur maritimen Aufrüstung zeigt, dass sich Staaten in Kernfragen ihres Überlebens letztlich nicht darauf verlassen, dass auf multilateraler Ebene Normen vereinbart, umgesetzt und Regelbrechung auch sanktioniert wird. Dramatisch könnten die Folgen fehlender multilateraler Bindewirkung zudem in einem Feld werden, das für das Überleben des Planeten längst zu einem entscheidenden Thema geworden ist: die Nutzung fossiler Energieträger, die maßgeblich zur Erderwärmung beitragen.

So könnte im kommenden Jahrzehnt auf dem zentralen Feld von Energieversorgung und -nutzung eine verschärfte, durch militärische Mittel untermauerte Konkurrenz um Zugänge zu Rohstoffen mit einem Stillstand bei der Reduktion klimaschädlicher Emissionen einhergehen [vgl. Beitrag *Erdölressourcen als Machtmittel*]. Kooperation wird hier nur gelingen, wenn sie unter verlässlichen Rahmenbedingungen erfolgt [vgl. Beitrag *Fünfundzwanzig Jahre Weltklimapolitik*]. **Informelle Foren können Debatten anstoßen und den Boden für Entscheidungen bereiten. Am Ende des Tages jedoch werden Kernfragen globalen Überlebens wohl nur über Institutionalisierung und im Rahmen eines inklusiven Multilateralismus bearbeitbar sein.**

Rückkehr des Staates, aber mit einem veränderten Souveränitätsverständnis

Die Krisen der zurückliegenden Jahre haben gezeigt, dass der in den 1980er Jahren besonders schrill vorgetragene und seit Ende der 1990er Jahre modulierte Abgesang auf den Staat ein Irrweg war. **Gerade komplexe Krisensteuerung bedarf eines funktionsfähigen Staates, der als Kerneinheit den hohen Anforderungen globalisierter Politikgestaltung gerecht werden muss.** Internationale Organisationen, Politiknetzwerke, Clubs und sektorspezifische Akteurskoalitionen sind zur Abstimmung, Normbildung und ggf. Verrechtlichung bedeutsam. Doch wenn politische Entscheidungsträger nicht in der Lage sind, hier angemessen mitzuwirken, sich in die Debatten einzubringen, aber auch Vereinbarungen auf nationaler Ebene umzusetzen, läuft *Global Governance* ins Leere [vgl. Beitrag *Moderne Sklaverei*]. Auch wenn die Rolle nichtstaatlicher und privater Akteure bei der Bereitstellung nationaler und globaler Güter und als Geber in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in den letzten Jahren gestiegen ist, darf

nicht verkannt werden, dass der Staat über seine Steuerhoheit immer noch der zentrale Akteur bei der Ressourcenmobilisierung für öffentliche Aufgaben ist.

Diese Rückkehr des Staates darf aber nicht verwechselt werden mit einer Rückkehr hergebrachter Staatsvorstellungen. Vielmehr hat sich Staatlichkeit empirisch geändert und wird heute normativ neu eingeordnet. Staaten haben heute weitaus durchlässigere Außengrenzen – nicht nur hinsichtlich des Güteraustauschs oder grenzüberschreitender Umweltbelastungen, sondern gerade auch mit Bezug auf Menschen und Ideen. Staaten sind eingebunden in vielschichtige Formen geteilter Souveränität [vgl. Beitrag *Staatliche Souveränität im Wandel*]. In zahlreichen Politikbereichen geht es nicht mehr um die eigene Regelsetzung, sondern um die Frage, wie diese global mitgestaltet und national umgesetzt werden kann. Dabei ist staatliches Handeln vermehrt auf Partnerschaften angewiesen. Autoritative Vorgaben bleiben bedeutsam. Wichtiger wird jedoch Lernfähigkeit und das Organisieren kooperativer Problemlösungen. Staaten beschreiten hier jedoch auch einen schmalen Grat. Denn das Sich-Einbringen in kollektive zwischenstaatliche Formen des Regierens, das bereits teilweise – insbesondere im Kontext der europäischen Integration – zu Souveränitätsabgaben geführt hat, kann zu innenpolitischer Delegitimation führen, weil Diskrepanzen zwischen (gefühlter) politischer Repräsentation und den Orten auftreten können, an denen kollektiv bindende Entscheidungen getroffen werden.

Nicht zuletzt sind Staaten heute stärker denn je ihren Bürgern verpflichtet, was dazu geführt hat, dass die »Firewall« des Nichteinmischungsgebots löchrig geworden ist. Besonders deutlich zeigt sich dies an der »Schutzverantwortung«, die mit Bezug auf gröbste Menschenrechtsverletzungen Souveränität nicht mehr allein als Abwehrrecht, sondern primär als Verpflichtung gegenüber der eigenen Bevölkerung interpretiert [vgl. Beitrag *Militärische Interventionen in Krisen und Gewaltkonflikte nach 1990*]. Die durch das Internet rasant vorangetriebene Verbreitung von Informationen, die entsprechenden Forderungen nach Transparenz und die weltweiten Rufe nach Demokratisierung zeigen zudem: Staaten, die sich derzeit weitgehend durch ihren Leistungsoutput legitimieren, müssen diese Phase nutzen, um auch die absehbaren negativen Zyklen bei Wachstum und Wohlfahrt einzubeziehen. In den vorhersehbaren Phasen der Stagnation und Krise, die auch die Aufsteiger betreffen werden, kann Legitimität nur gewährleistet werden, wenn vermehrt Teilhabe und verlässliche rechtsstaatliche Verfahren etabliert werden.

Neue Antriebskräfte für Demokratisierung – ohne Erfolgsgarantie

Die Anzahl demokratisch verfasster Staaten hat in den letzten beiden Jahrzehnten stetig zugenommen [vgl. Beitrag *Demokratisierung, Reautokratisierung und internationale Demokratieförderung*]. Nach den Demokratisierungswellen in Lateinamerika in den 1980er Jahren sowie in Mittel- und Osteuropa in den 1990er Jahren entstanden auch im Kaukasus, in Asien und zuletzt im arabischen Raum oppositionelle Bewegungen, die demokratische Reformen in ihren Ländern forderten. In der Folge

wurden bereits in einigen Staaten Nordafrikas wie Tunesien und Ägypten nach dem jeweiligen Regimewechsel Wahlen abgehalten.

Insbesondere im Kontext des »Arabischen Frühlings« entstand eine lebhafte Debatte über die Rolle von neuen sozialen Medien und der Mittelschichten als Katalysatoren und Antriebskräfte für Demokratisierung. **Ein Zusammenhang zwischen ökonomischer Unzufriedenheit von Mittelschichten und dem Wunsch nach politischen Reformen lässt sich in zahlreichen Fällen nachweisen** [vgl. Beitrag *Mittelschichten als Antriebskraft politischer Umbrüche?*]. Finden gut ausgebildete Teile der Bevölkerung keine adäquaten Beschäftigungsmöglichkeiten, durch die sie auch materiell abgesichert werden, steigt die Bereitschaft, sich für einen Regimewechsel in Richtung Demokratie zu engagieren, die mehr politische Teilhaberechte und wirtschaftliche Möglichkeiten zu versprechen scheint.

Die Bedeutung digitaler Medien für politische Mobilisierung wird hingegen sehr kontrovers diskutiert [vgl. Beitrag *Revolution 2.0?*]. **Nach einer anfänglichen Euphorie über die »Facebook-Revolutionen« in Tunesien und Ägypten werden zunehmend auch kritischere Stimmen laut, die darauf verweisen, dass die Rolle neuer sozialer Medien und des Internets für politischen Wandel überschätzt wurde und Umbruchsituationen wesentlich auch durch herkömmliche Leitmedien wie Fernsehen oder Zeitungen befördert werden.** Faktisch findet eine Verschränkung von neuen und traditionellen Medien in der Verbreitung von Informationen statt. Gleichzeitig nutzen aber auch repressive Regime die Möglichkeiten, die ihnen das Internet oder die neuen sozialen Medien zur Verfügung stellen, oder sie versuchen, diese zu kontrollieren und zu unterdrücken.

Der langfristige Erfolg der unterschiedlichen Umbruchprozesse ist keinesfalls garantiert. Selbst wenn demokratische Strukturen aufgebaut und entsprechende Verfahren etabliert werden, bedeutet dies noch lange nicht, dass sich politische Eliten auch an demokratische Spielregeln halten. Jüngere Entwicklungen in der Ukraine oder auch in Russland zeigen, dass die Abhaltung von Wahlen nicht mit einem funktionierenden parlamentarischen oder präsidentiellen System und der Einhaltung von Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit sowie der Garantie politischer und bürgerlicher Grundrechte gleichzusetzen ist. Solange demokratische Regeln kein integraler gesellschaftlicher Wert sind, besteht die Gefahr, dass der Umbruch auf eine »Imitation« von Institutionen und demokratischen Verfahren beschränkt bleibt.

Auch externe Unterstützung durch internationale Demokratieförderung weist bestenfalls eine gemischte Bilanz auf. Erfolg oder Misserfolg von Demokratisierungsprozessen hängen in der Regel von einer Reihe interner und externer Bedingungen ab, auf die einzelne Maßnahmen von außen nur sehr begrenzt Einfluss nehmen können. Ein entscheidender Faktor für eine langfristige demokratische Stabilisierung ist, dass die positiven Effekte, die sich breite Bevölkerungsschichten und »staatstragende« Eliten von einer demokratischen Regierungsform versprechen, auch tatsächlich eintreten.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Ziele der Demokratiebewegungen im arabischen Raum vorrangig wirtschaftlicher

und sozialpolitischer Natur sind, mit Demokratie also der Wunsch nach materieller Grundsicherung und dem Abbau von Ungleichheiten verbunden wird [vgl. Beitrag *Mittelschichten als Antriebskraft politischer Umbrüche?*]. Beides sind zentrale Leistungen demokratischer Systeme, in denen die »alten« westlichen Demokratien in den letzten Jahren deutliche Defizite aufweisen.

Neujustierung der Zielsetzungen globaler Politik

Auf dem Weg zu globalen Entwicklungszielen

Armut, vermeidbare Todesfälle durch an und für sich behandelbare Krankheiten, Umweltveränderungen, Klimawandel, Verwerfungen im globalen Finanzsystem – die Liste der Aufgaben, die global bearbeitet werden müssen, ist lang. **Zunehmend wächst das Bewusstsein, dass auch Konzepte von sozialem Fortschritt künftig global gedacht werden müssen. Denn obwohl die Zahl der Armen regional in unterschiedlichem Ausmaß reduziert werden konnte, haben sich die Ungleichheiten zwischen und innerhalb von Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten vergrößert** [vgl. Beitrag *Was kommt nach den MDGs?*]. Dies ist einerseits auf veränderte Arbeits- und Gesellschaftsstrukturen in Industrieländern zurückzuführen, in denen aber auch die Finanz- und die Staatsschuldenkrise der letzten Jahre teilweise deutliche Spuren hinterlassen haben. Andererseits bildet sich im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung der aufstrebenden Ökonomien, die nun zu Ländern mittleren Einkommens gezählt werden, eine stetig wachsende Mittelschicht heraus, während große Teile der Bevölkerung – und hier ist China ein herausragendes Beispiel – weiterhin in Armut verbleiben.

Hinzu kommt, dass es auch 40 Jahre nach der ersten UN-Konferenz über die menschliche Umwelt in Stockholm und dem Erscheinen des im Auftrag des *Club of Rome* erstellten Berichts *Die Grenzen des Wachstums* (Meadows et al. 1972) nicht gelungen ist, das Wirtschaftswachstum vom Anstieg der CO_2-Emissionen zu entkoppeln [vgl. Beitrag *Globale Energiewende*]. Zudem erhöht sich aufgrund des Anstiegs der Weltbevölkerung und der Umstellung von Ernährungsgewohnheiten der Ausstoß anderer Treibhausgas-Emissionen wie Methan durch vermehrten Reisanbau und Ausweitung der Viehzucht. Damit verbunden ist auch ein Landnutzungswandel mit steigendem Anbau von landwirtschaftlichen Gütern zur Energieerzeugung und zum Ausbau der Viehzucht mit vielfältigen, auch negativen Folgen sowohl für die Betroffenen als auch für die Ernährungssicherheit und die Umwelt [vgl. Beiträge *Ernährungssicherung* und *Landnutzungswandel und Konflikte*]. **Dies zeigt eindrücklich, dass das westliche, auf fossilen Energien basierende Wirtschaftsmodell mit den damit verbundenen Lebensstilen kein globales Modell sein kann und gerade auch im Bereich der zunehmend agro-industriell ausgerichteten Landwirtschaft ein Umsteuern erforderlich ist. Vom Menschen verursachte Umweltveränderungen seit Beginn der Industrialisierung haben dazu geführt,**

dass bestimmte biophysische Grenzen der Belastbarkeit des Erdsystems bereits überschritten wurden (Rockström et al. 2009).

20 Jahre nach der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (*United Nations Conference on Environment and Development,* UNCED) müssen die zwischenzeitlich teilweise getrennten Diskussionen um Nachhaltigkeit und Entwicklung wieder zusammengeführt werden. **Globale Nachhaltigkeit ist der zentrale Maßstab, an dem sich Politik zur Zukunftssicherung ausrichten muss.** Ob dies durch die Rio+20-Konferenz hinreichend geleistet werden kann, erscheint zurzeit eher fraglich. Dennoch signalisiert die Konferenz im Juni 2012 in Rio de Janeiro den Beginn eines Prozesses des Umdenkens, wie bereits die gesellschaftlichen Debatten im Vorfeld gezeigt haben (Martens 2012, S. 8 f.).

Der Wandel zur *green economy*, einem umweltverträglichen Wirtschaften, das vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), aber auch von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) propagiert wird (UNEP 2011; OECD 2011), kann dabei nur ein Baustein sein. In vielen Branchen ist eine ressourcenschonende Produktion bereits über die letzten Jahrzehnte vorangetrieben worden. Einer gestiegenen Effizienz im Ressourcenverbrauch stehen jedoch höhere Stückzahlen in der Produktion und ein höherer Verbrauch durch steigende Bevölkerungszahlen entgegen. Insbesondere was den Ausstoß an CO_2-Emissionen anlangt, kann nur eine »Energiewende« weg von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energien den entscheidenden Schritt zu einem nachhaltigen Entwicklungspfad bringen [vgl. Beitrag *Globale Energiewende*]. Daher wird die künftige Energiepolitik Deutschlands nach dem proklamierten Ausstieg aus der Atomenergie und dem Willen zur stärkeren Förderung erneuerbarer Energien weltweit aufmerksam verfolgt.

Allerdings basiert auch eine *green economy* auf der Vorstellung von Wirtschaftswachstum, durch das neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, was zu Armutsreduzierung und zum Abbau sozialer Ungleichheiten führen soll. Dem steht der bereits zitierte Befund entgegen, dass sich gerade in Ländern mit hohen Wirtschaftswachstumsraten in den letzten Jahren die Schere zwischen armen und reichen Bevölkerungsschichten weiter geöffnet hat. Zudem wird immer lauter gefordert, sozialen Fortschritt und Wohlstand nicht allein am Bruttonationaleinkommen zu bemessen. **Wirtschaftswachstum steht immer noch im Zielkonflikt mit ökologischer Nachhaltigkeit und gesellschaftlichem Wohlergehen, das alle sozialen Gruppen umfasst. Weltweit wird daher eine Reihe neuer Indikatoren zur Messung von Wohlstand diskutiert, die auch subjektive Einschätzungen einbeziehen und die Vorstellung relativieren, ein »Mehr« führe immer auch zu größerem Wohlbefinden** (vgl. Martens 2012, S. 33 ff.). Bislang zeichnet sich hier zwar noch kein Konsens ab, wodurch das BNE ersetzt werden könnte, dennoch ist allein der Diskussionsprozess, der sowohl auf nationaler wie auch internationaler Ebene angestoßen wurde, als positives Signal zu werten, ernsthaft über neue Fortschrittsindikatoren und damit verbundene Entwicklungsziele nachzudenken [vgl. Beitrag *Was kommt nach den MDGs?*].

Dabei geht es auch um gemeinsame

Interessen und geteilte Verantwortlichkeiten aller Staaten, was impliziert, dass der bisherige Gegensatz zwischen Entwicklungs- und Industrieländern, dem »entwickelten Norden« und dem »unterentwickelten Süden« aufgegeben wird. Dies entspricht den tatsächlichen weltpolitischen Gegebenheiten, nach denen »der Süden« kein monolithischer Block mehr ist – wenn er dies denn je war. Die Interessen der aufstrebenden Ökonomien sind nicht deckungsgleich mit denjenigen der am wenigsten entwickelten Länder. Ohne die aufstrebenden Ökonomien ist die effektive Bearbeitung zahlreicher Probleme, allen voran des Ausstoßes von Treibhausgas-Emissionen, nicht denkbar [vgl. Beitrag *Fünfundzwanzig Jahre Weltklimapolitik*]. Zugleich zeigt gerade der Klimawandel, dessen Hauptverursacher – zumal historisch betrachtet – die Industrieländer sind, einmal mehr die Verantwortlichkeit des Nordens für die Rahmenbedingungen, unter denen sich der globale Süden entwickelt. Diese »neuen Realitäten« sind der Ausgangspunkt für die Empfehlungen zu nachhaltigen Entwicklungszielen (*Sustainable Development Goals, SDGs*), die eine von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon eingesetzte Expertengruppe zur globalen Nachhaltigkeit (*High-level Panel on Global Sustainability*) im Januar 2012 in ihrem Bericht *Resilient People, Resilient Planet* veröffentlichte. Die Expertengruppe formuliert allerdings keine Liste konkreter Ziele, sondern schlägt eine Reihe von Prinzipien vor, an denen sich die weitere Erarbeitung konkreter Ziele orientieren soll (High-level Panel on Global Sustainability 2012, S. 72 f.). Dies ist auch Ausdruck der Erkenntnis, dass »Entwicklung« vor dem Hintergrund politisch-kultureller Differenzierung gedacht werden muss. Demzufolge müssen Entwicklungsherausforderungen, vor denen Industrieländer und ihre sozioökonomischen Systeme stehen und deren Entwicklungsmodelle nicht in globalem Maßstab umsetzbar sind, genauso berücksichtigt werden wie die sozioökonomischen Problemlagen von Schwellen- und Entwicklungsländern.

Krisenvorsorge: Bedeutung erkannt, Umsetzung noch in den Anfängen

Ein weiteres zentrales Thema, das im Titel des Berichts des *High-level Panel on Global Sustainability* zum Ausdruck kommt, ist die »Widerstandsfähigkeit« von Mensch und Umwelt, den vielfältigen Belastungen zu begegnen, denen sie ausgesetzt sind. Das Jahr 2011 war das Jahr mit den höchsten materiellen Schäden durch Naturkatastrophen, die Zahl der Toten erreichte allerdings trotz des Erdbebens mit dem nachfolgenden Tsunami in Japan nicht die hohen Opferzahlen des Jahres 2010, das durch eine extrem hohe Anzahl von Schadensereignissen geprägt war [vgl. Beitrag *Die Bewältigung von Naturkatastrophen*]. Aufgrund der gut ausgebauten und technisch hochwertigen Infrastrukturen sind die materiellen Schäden in Industrieländern in der Regel höher als in Entwicklungsländern, die jedoch im Falle von Naturkatastrophen mehr Todesfälle zu beklagen haben und aufgrund der geringen Wirtschaftsleistungen ökonomische Schäden viel schwerer verkraften können. Dies ist Folge mangelnder Bewältigungs- und Anpassungskapazitäten, weshalb Bevölkerungen in ärmeren Ländern verwundbarer sind als in reicheren

Ländern. Auch die Auswirkungen der Nahrungsmittelkrise 2007/08 haben gezeigt, dass insbesondere Bevölkerungen in den am wenigsten entwickelten Ländern, die zudem unter mangelhaft funktionierenden Märkten, einer niedrigen landwirtschaftlichen Produktivität, unbearbeiteten Folgen von Umweltzerstörung, Verschuldung und schlechter Regierungsführung leiden, besonders von Krisen betroffen sind [vgl. Beitrag *Ernährungssicherung*].

Die Häufung der Krisen im letzten Jahrzehnt belegt, wie sehr zahlreiche Bereiche unseres modernen »globalisierten« Lebens durch immer stärkere Vernetzung, zunehmende Interdependenzen und immer höhere Komplexität gekennzeichnet sind. Im Falle von Naturkatastrophen oder auch als Folge menschlichen Handelns wie beispielsweise bei der Finanzkrise kann die Funktionsfähigkeit zentraler Systeme wie des Finanz- oder des Transportwesens, der Informations- und Telekommunikationssysteme oder auch des Gesundheitswesens gefährdet sein. **Insbesondere gegen diese Form der Risiken, die als »systemisch« bezeichnet werden, müssen Vorsorge- und Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden, um das Wohlergehen und langfristig – etwa was die möglichen Folgen eines Klimawandels anlangt – das Überleben der Menschheit zu sichern** [vgl. Beitrag *Systemische Risiken*]. Naturkatastrophen und Krisen lassen sich nicht gänzlich vermeiden, weshalb es wichtig ist, besonders verwundbare Gesellschaften oder Teile von Gesellschaften wie marginalisierte Gruppen zu identifizieren, um gezielt deren Widerstands- und Anpassungskapazitäten zu verbessern.

Allmählich beginnt sich auch auf internationaler Ebene die Erkenntnis durchzusetzen, dass sich vorausschauende Politik am Prinzip der Vorsorge und Krisenprävention orientieren muss. Doch die praktischen Hürden sind hoch. So lässt sich der Erfolg einer Politik der Krisenvorsorge kaum messen. Zudem sind umfassende Handlungsansätze notwendig, die nicht nur wie beim Konzept von globaler Nachhaltigkeit unterschiedliche Handlungsbereiche unter einer spezifischen Zielvorstellung vereinen. **Erforderlich ist auch eine Verschränkung der unterschiedlichen Handlungsebenen global, national und lokal, um nicht nur die jeweils Betroffenen besser an der Formulierung von Politik zu beteiligen, sondern auch arbeitsteilig die Fähigkeiten und Ressourcen der jeweiligen Handlungsebenen besser zu nutzen.** Die Gefahr, dass über diese unterschiedlichen Handlungsebenen hinweg das Phänomen der »Verantwortungsdiffusion« auftritt, ist sehr hoch. Dem kann nur dadurch begegnet werden, dass allen Akteuren, staatlichen wie nichtstaatlichen, auf den verschiedenen Ebenen spezifische Formen von Rechenschaftspflicht auferlegt werden (Heßelmann 2011).

Ausblick: Globale Problemlösung vor dem Hintergrund politisch-kultureller Differenzierung

Die Machtverhältnisse in Weltwirtschaft und -politik haben sich mit dem Ende des »kurzen 20. Jahrhunderts« (Hobsbawm 1998) nachhaltig verschoben, die Dominanz westlicher Staaten schwindet. Dass diese Verschiebungen tiefgreifende Auswirkungen auf das internationale System, die globalen Ordnungsmuster und die Leistungsfähigkeit und Legitimation globalen Regierens haben, ist nicht mehr von der Hand zu weisen. Doch welche Ordnungsmuster und politischen Kulturen die Weltgesellschaft des 21. Jahrhunderts prägen werden, ist völlig offen. Dass neue Mächte wie China, Indien und Brasilien die Globalisierung zunehmend prägen, ist heute fast schon zum Allgemeinplatz geworden. Noch weniger stark bemerkt, aber dauerhaft und möglicherweise mit vergleichbarer Wirkung, positionieren sich weitere Staaten mit nennenswerter Größe und zur Zeit vornehmlich regionalem Einfluss in Weltökonomie und -politik, die häufig als die »N-11« bezeichnet werden, namentlich: Ägypten, Bangladesch, Indonesien, Iran, Südkorea, Mexiko, Nigeria, Pakistan, die Philippinen, die Türkei und Vietnam, wobei es hier weniger um eine exakte Auflistung als vielmehr um den Tatbestand geht, dass es sich bei diesen Ländern potenziell um »Gestaltungsmächte« handelt, die sich einem zwischen nur wenigen Staaten vereinbarten »Konzert der Großmächte« nicht unterordnen werden [vgl. Beitrag *Der Aufstieg neuer Mächte, internationale Kooperationsformen und die Reaktionen der Industrieländer*]. **Weltpolitik wird in Zukunft stark auf ein »Management von Vielfalt« hinauslaufen, auf ein kompliziertes Ausbalancieren unterschiedlichster ökonomischer und sicherheitspolitischer Interessen, aber auch je nach Region und Kultur unterschiedlicher normativer Vorstellungen und Sichtweisen auf Globalpolitik.**

Ob sich diese Diversität eher positiv oder negativ auf globale Problemlösungen auswirken wird, lässt sich zurzeit kaum absehen. Eine Folge kann die eingangs diagnostizierte Fragmentierung der Weltpolitik sein. Zugleich muss bemerkenswert erscheinen, dass sich in Fragen von Souveränität und Menschenrechtsschutz, bei allen Kontroversen im Einzelnen, im Rahmen der »Schutzverantwortung« ein normativer Grundkonsens herausgebildet hat. Und auch im Feld der für die Nord-Süd-Beziehungen stets stilbildenden Entwicklungszusammenarbeit war die Staatengemeinschaft in der Lage, gemeinsame Zielmarken mit Hilfe der Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen und auch zunehmende Ressourcen und Aufmerksamkeit zu mobilisieren. In diesen Handlungsfeldern scheint das UN-System – sei es in Form des Sicherheitsrats, sei es über die Generalversammlung – nach wie vor ein zentraler Referenzrahmen für autoritatives Handeln und die Mobilisierung von Ressourcen zu sein.

Fest steht: **Für per se globale Probleme muss eine neue Dimension globaler Kooperation erreicht werden, um schwere Friktionen in der internationalen Ordnung zu vermeiden** (Debiel et al. 2009), etablierte sektorale Weltordnungspolitiken (Breitmeier et al. 2009) reichen offenbar nicht mehr aus.

Auch helfen Modelle oder auch Blaupausen der Vergangenheit vermutlich nicht weiter, wenn es darum geht, eine gleichermaßen effektive wie legitime Ordnung zu etablieren. Wenig spricht momentan für eine Wiederkehr hegemonialer Strukturen. Wahrscheinlicher ist, dass sich das Geflecht hierarchischer und horizontaler Steuerungsformen weiter ausdifferenzieren wird. Hilfreich könnte es dabei sein, Club-Modelle à la G20, Foren privater Selbstregulierung, aber auch die klassischen Verhandlungsarenen im institutionalisierten oder selektiv praktizierten Multilateralismus nicht nur im engen Rahmen von direkten Kosten-Nutzen-Kalkulationen zu interpretieren, sondern sie auch als transkulturelle Sozialisations- und Lerngemeinschaften zu verstehen. In diesen müssen Normen, Weltbilder und Regelwerke unterschiedlicher Provenienz zirkulieren, sich Ideen verbreiten und regionale Gestaltungs- und Rechtsdebatten mit Bezug auf konkrete Regimeformatierungen zusammenfinden. Gerade die zunehmend medial inszenierte Diplomatie zeigt, wie bedeutsam solch »weiche Faktoren« für Zielerreichung und Problemlösung sind.

Unterschätzt wird bislang auch häufig, wie stark politische Traditionen nationale Außenpolitiken beeinflussen. So prägen formative Ereignisse der Staatsbildung häufig über Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte die Dispositionen von Entscheidungseliten (Johnston 1995). Das starke internationale Engagement der USA etwa im Feld humanitärer Interventionen lässt sich nicht allein aus Interessenlagen, sondern tendenziell auch aus einem historisch tief verankerten und häufig erfolgreich eingesetzten Sendungsbewusstsein verstehen. Ganz anders positioniert sich China, das zum einen schmerzhafte Erfahrungen mit externer Einmischung gemacht hat und zum anderen durch Weltbilder und Ordnungsmodelle geprägt ist, die zunächst auf der Verankerung des Landes in der Region abzielen. Derartige »politische Kulturen« werden gerade in normativen Grundsatzfragen globaler Politik aktiviert – und ständig neu konstruiert. Dabei haben sie sich in einer durch das Internet und ausgewählte elektronische Leitmedien geprägten Weltöffentlichkeit zu bewähren. Diese wirkt auf nationale Öffentlichkeiten und politische Entscheidungsprozesse nicht nur in demokratisch verfassten Staaten, sondern auch in autoritären und semiautoritären Regimen zurück, die sich in einer im 20. Jahrhundert kaum erahnten Weise der Außenwelt öffnen (müssen).

All dies hat Rückwirkungen auf die Frage, wie *Global Governance* heute vor dem Hintergrund politisch-kultureller Differenzierung zur Lösung globaler Probleme organisiert werden kann. **Zunächst ist zweifelsohne eine rationale Prüfung der verschiedenen Formen des Weltregierens mit Bezug auf ihre Wirksamkeit und Legitimität erforderlich. Will man aber die Diversität – regional, politisch, kulturell – auf der internationalen Bühne angemessen verstehen, so wird es auch zunehmend notwendig, internationale Arenen als Lerngemeinschaften zu begreifen und ihre Rückkoppelung auf sich rasant wandelnde strategische und politische Kulturen zu berücksichtigen.** Dabei wird die Welt vermutlich »ungeordneter« und »chaotischer« als in der Zeit von Bipolarität, Hegemonie oder Mächtekonzerten. Architekturen helfen hier nur bedingt weiter, viel entscheidet sich in kommunikativen Prozessen und dezentralen Meinungsbildungsver-

fahren, die eigenen Gesetzmäßigkeiten gehorchen. Doch die neue Vielfalt bietet auch Chancen. Die eigentliche Herausforderung liegt darin, diese Prozesse so zu gestalten, dass sie bestehende Ungleichgewichte in der Welt nicht weiter verschärfen, sondern verringern. Denn nur dann zeigt sich eine echte Perspektive für eine nachhaltige und friedliche Entwicklung weltweit.

Literatur

Breitmeier, Helmut/Michèle Roth/Dieter Senghaas 2009: Sektorale Weltordnungspolitik: Effektiv, gerecht und demokratisch? (EINE Welt, Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bd. 22), Baden-Baden.

Debiel, Tobias/Michèle Roth/Cornelia Ulbert 2009: Globale Trends im Schatten der Weltfinanzkrise: Herausforderungen, Kräfteverschiebungen und Optionen für Global Governance, in: Tobias Debiel/Dirk Messner/Franz Nuscheler/Michèle Roth/Cornelia Ulbert (Hg.), Globale Trends 2010. Frieden – Entwicklung – Umwelt, Frankfurt/M., S. 11–21.

Heßelmann, Elena 2011: The Limits of Control: The Accountability of Foundations and Partnerships in Global Health, in: Simon Rushton/David Owain Williams (Hg.), Partnerships and Foundations in Global Health Governance, Houndmills, S. 228–252.

High-level Panel on Global Sustainability 2012: Resilient People, Resilient Planet: A Future Worth Choosing, New York, NY.

Hobsbawm, Eric 1998: The Age of Extremes, New York, NY.

Johnston, Alastair I. 1995: Thinking about Strategic Culture, in: International Security, Jg. 19/4, S. 32–64.

Martens, Jens 2012: Rio+20 – Die UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung 2012: Hintergründe – Konflikte – Perspektiven, Bonn/Osnabrück.

Meadows, Dennis H./Donella L. Meadows/Jørgen Randers/Williams W. Behrens 1972: The Limits to Growth, New York, NY.

OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) 2011: Towards Green Growth, Paris.

Rockström, Johan et al. 2009: A Safe Operating Space for Humanity, in: Nature, Jg. 461/7263, S. 472–475.

UNEP (United Nations Environment Programme) 2011: Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication, Nairobi.

Tobias Debiel, Michèle Roth, Cornelia Ulbert